

Pressedossier

Pressekonferenz vom 8. Mai 2015

Das Personal des öffentlichen Dienstes wird seit einigen Jahren an mehreren Fronten hart zur Kasse gebeten. Mit der Pressekonferenz vom 8. Mai wollte die 25 Verbände und 4650 Mitglieder zählende FEDE den Medien ihre kurz- und mittelfristigen strategischen Handlungsachsen vorstellen. Die Untätigkeit des Staatsrats hat es notwendig gemacht, die Behörden dringend aufzufordern, sich aktiver für den Fortbestand der Sozialpartnerschaft einzusetzen. Der Staatsrat scheint von den Spaltungen der Freiburger Gewerkschaften zu profitieren. Er greift die Diskussionsthemen nicht mehr ernsthaft auf. Die FEDE möchte diese Sozialpartnerschaft, die in den letzten Jahren positive Errungenschaften für das Personal des öffentlichen Dienstes erlaubt hat, unbedingt beibehalten.

Struktur- und Sparmassnahmen.

Die Finanzen des Staates sind wieder im Gleichgewicht. Trotzdem wartet das Personal weiter darauf, dass der Staatsrat das Gespräch über die Struktur- und Sparmassnahmen aufnimmt. Wie lange wird das Personal noch Geduld zeigen? Die FEDE meint, dass die Regierung nicht mehr länger ausweichen darf und sich dringend an den Verhandlungstisch setzen muss. Sie muss die Gehaltserhöhungen ab dem 1. Januar 2016 gewähren. Die Auswirkungen der Sparmassnahmen werden noch weit über 2017 wirksam sein (Einsparungen von rund 100 Millionen zusätzlich auf die Lohnsumme nach 2016). Die Ankündigung eines Gewinns der SNB im Jahr 2014 muss mitberücksichtigt werden, da der Kanton 2015 48 Millionen an Dividenden erhält.

Die Sparmassnahmen im Bildungsbereich.

Das Lehrpersonal ist weiter bemüht, die Qualität des Unterrichts aufrechtzuerhalten und allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen zu bieten. Manche Sparmassnahmen, die zurzeit erwogen werden, können negative Auswirkungen haben. Die FEDE erwartet vom Staatsrat, dass er Vertrauen in die Professionalität der Lehrkräfte setzt und deren Anträgen folgt.

Entschädigung für Pikettdienste

Fünfzehn Franken Entschädigung dafür, erreichbar zu bleiben und sich jederzeit für einen Einsatz bereit zu halten sind ein Hohn! Das Haus zu verlassen oder ein Glas Wein zu geniessen ist unmöglich. Das Personal muss für den Einsatz bereit stehen. Alleinerziehende Mitarbeiter/innen müssen zudem jemanden suchen und bei Bedarf bezahlen, der sich im Fall eines Einsatzes um die Kinder kümmert.

Die Forderungen, die die FEDE bereits 2009 gestellt hat – da soll uns noch jemand mangelnde Geduld unterstellen – entsprechen dem Standard von Entschädigungen für diese Art von Leistung (5 Fr. pro Stunde). Die FEDE bittet den Staatsrat, ein Zeichen zu setzen und

2 Franken statt der derzeit geltenden 1.25 Franken zu genehmigen. Zugegeben, das kostet mehr als ein Abend in der Mailänder Skala. Sollte es dem Staatsrat aber wirklich nicht möglich sein, bei einem Budget von 3 Milliarden 300 000 Franken aufzutreiben, wo doch die 2013 beschlossenen Sparmassnahmen erlauben, in den kommenden Jahren bei der Lohnsumme Zehntausende Millionen Franken einzusparen?

Erinnert sei auch daran, dass diese Forderung fast 6 Jahre lang blockiert worden ist, nachdem der VPOD den Vertrag über die Entschädigung von Nachtarbeit nicht eingehalten hatte.

HFR.

Die FEDE wird sich weiterhin zu allen Angelegenheiten des HFR stark einbringen. Sie verpflichtet sich, in der Frage der Beibehaltung des Dienstverhältnisses gemäss StPG für das Personal des HFR nicht nachzugeben.

Massnahmen gegen Belästigung.

Die FEDE steht in dieser Sache seit rund zehn Jahren im Gespräch mit dem Staatsrat. Sie möchte die Einrichtung einer paritätischen Kommission, die tatsächlich handlungsbefugt ist und von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angerufen werden kann. Der Staatsrat schlägt demgegenüber eine Kommission mit rein beratender Rolle vor. Die FEDE ist der Ansicht, dass dies eine Alibifunktion ist und der Staatsrat nicht wirklich gewillt ist, diese Problematik anzupacken. Er zaudert und beeinträchtigt damit die Interessen der Staatsangestellten.

Die Frage der Auslagerungen.

Die FEDE ist der Meinung, dass der Kanton zu schnell Auslagerungen beschliesst. Sie spricht sich nicht grundlegend dagegen aus, will aber, dass der Staatsrat bei jedem Beschluss zur Vergabe von Unteraufträgen nachweist, dass alle anderen Optionen geprüft wurden und es sich tatsächlich um den letzten Ausweg handelt. Der Staatsrat soll nachweisen, dass er alles unternommen hat, um solche Verträge zu vermeiden, insbesondere durch Gespräche mit den Sozialpartnern.

Im Fall der Krippe des HFR wurde die FEDE informiert und hat Vorschläge unterbreitet, damit das Pflichtenheft die für das Personal geltenden Lohnbedingungen einhält. Keiner der Vorschläge der FEDE wurde bei der Ausschreibung für die Übernahme der Krippe in das Pflichtenheft aufgenommen.

In den letzten Jahren hat die FEDE viele Konzessionen gemacht, um dem Kanton die Bewältigung der Wirtschaftskrise zu ermöglichen:

Sie hat eingewilligt, die Sparmassnahmen nicht zu bekämpfen.

- Sie hat das Prinzip der Erhöhung der den Versicherten verrechneten Beiträge an die Pensionskasse toleriert.
- Sie hat die Vertagung der Gespräche über Entschädigungsregelungen akzeptiert.
- Sie hat in Verhandlungen über eine Senkung des Zeitausgleichs für Nachtarbeit eingewilligt.

Doch jetzt reicht es!

Das Einzige, was sie im Gegenzug erhalten hat, ist der Aufschub von Sparmassnahmen im Bildungsbereich um ein Jahr.

Die FEDE ist der Meinung, dass die Sozialpartnerschaft seit jeher ein grosser Trumpf des Kantons Freiburg ist. Aus diesem Grund wendet sie sich heute mit einer Resolution an den Staatsrat, damit er seinen Anteil zur Einhaltung der Sozialpartnerschaft leistet.

Die FEDE versteht, dass ein Teil der Spannungen von der Haltung des VPOD ausgeht. Selbst wenn sie in diesem Kontext bedauert, dass der VPOD aus der Föderation austritt, denkt sie, dass sich mit dem Austritt ihr Verhältnis gegenüber dem Staat klären lassen wird.

Unsere Erfolge der letzten zehn Jahre

- Eine Woche Ferien zusätzlich für die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes
- Lohnmässige Aufwertung der wichtigsten Funktionen
- Lohnmässige Aufwertung der Nachtarbeit für das gesamte Staatspersonal
- Einbezug der Treueprämie in den Lohn
- Aufrechterhaltung des Dienstverhältnisses gemäss StPG für das Personal des HFR
- Überarbeitung des Schulgesetzes – ohne unser Eingreifen wäre das Schulgesetz nicht durchgekommen. Wir haben seine Überarbeitung gefordert und es wurde grundlegend abgeändert, was dem Personal die Unterstützung erlaubte und zu seiner Annahme führte.
- Die Beibehaltung der Altersrente mit 60 Jahren.
- Reale Lohnerhöhungen von 2,2 %.